

Antrag der Fraktion der CDU

KiTa-Gebühren für die Streikzeit zeitnah und unbürokratisch zurückzahlen!

Vom 11. Mai bis 7. Juni 2015 streikte für 28 Tage ein Großteil der etwa 1800 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den 80 Einrichtungen des städtischen Trägers KiTa Bremen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Insgesamt bedeutete die Schließung der meisten Einrichtungen für viele der rund 8350 Kinder und ihre Eltern eine absolute Not-situation: Es musste eigenständig eine Betreuung der Kinder organisiert werden, Urlaub wurde geopfert und der gute Wille vieler Arbeitgeber strapaziert. Vereinzelt kam es sogar zu Abmahnungen und Androhung von Kündigungen. Nur für 10 Prozent der Kinder stand ein Notdienst zur Verfügung. Da in den Einrichtungen von KiTa Bremen insbesondere viele der 23.000 Alleinerziehenden und Menschen, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben ihre Kinder untergebracht haben, waren sie vom Streik und seinen Folgen auch besonders betroffen.

Für viele der Eltern bedeutete der Streik allerdings auch zusätzliche Kosten, die durch eine alternative Betreuung entstanden sind. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Kindergartengebühren für 28 Tage, an denen die Einrichtungen de facto nicht zur Verfügung standen, weiterverlangt, obwohl es bei KiTa Bremen zu streikbedingten Personalmin-derausgaben von etwa 2,8 Mio. Euro kam. Die Eltern bezahlten also für eine Leistung, die sie nie erhalten haben. Vor diesem Hintergrund ist eine schnelle und unbürokrati-sche Rückzahlung der Elternbeiträge für die Zeit des Streiks, wie andere Kommunen es vormachen, dringend angezeigt. So können viele Eltern zumindest einen Teil ihrer Zu-satzaufwendungen zurückbekommen und erhalten zumindest einen finanziellen Aus-gleich für ihre Notsituation. Die geplante Rückzahlung mit einer Antragungspflicht der El-tern zu verbinden, benachteiligt insbesondere Familien in schwierigen sozialen Verhält-nissen Menschen mit Migrationshintergrund und mit sprachlichen Barrieren. Die geplan-te Verwendung der eingesparten Personalmittel für den KiTa-Ausbau, oder andere Maßnahmen im Haushalt der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist abzulehnen.

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf:

1. Allen vom Streik betroffenen Eltern für 28 Streiktage die Elternbeiträge bis spä- testens Ende des Jahres 2015 ohne Antragsstellung zurückzuerstatten.

2. Die Beitragsordnung bis Ende des Jahres 2015 so zu überarbeiten, dass im Falle zukünftiger Streiks Elternbeiträge automatisch ab dem ersten Streiktag zurückerstattet werden.
3. Mögliche verbleibende eingesparte Personalmittel ausschließlich zur Finanzierung zusätzlicher Angebote bei KiTa Bremen zu verwenden und sie nicht zur Deckung von Regelaufgaben im Sozialhaushalt auszugeben.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU